

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

Inhalt:

- I. Aktuelles aus der Gesetzgebung
- II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen
- III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten
- IV. Aus unserem Verlagsprogramm

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

Landtag verabschiedet Änderungen im Reisekostenrecht und HPVG

Am 7.10.2009 hat der Landtag mit der Stimmenmehrheit von CDU und FDP dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Reform des hessischen Reisekostenrechts und zur Verlängerung der Geltungsdauer des HPVG (LT-Drucks. 18/860 v. 30.6.2009) zugestimmt. Beide Gesetzentwürfe wurden in unveränderter Fassung beschlossen. Im Bereich des HRKG handelt es sich um eine Reihe von redaktionellen Änderungen, auf die hier im Detail nicht eingegangen werden soll. Im Bereich des HPVG sind folgende Änderungen beschlossen:

- In **§ 9 Abs. 2 Satz 3 HPVG** werden die Worte „nach § 123a des Beamtenrechtsrahmengesetzes oder auf Grund entsprechender arbeitsvertraglicher Vereinbarung“ gestrichen.
- In **§ 123 HPVG** wird die Zahl „2009“ durch die Zahl „2014“ ersetzt (= Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 31.12.2014).

Weitergehende und zum Teil nur sachliche Fehler korrigierenden Forderungen, wie sie z.B. die Gewerkschaft ver.di in ihrer Stellungnahme v. 17.8.2009 an den Innenausschuss des Landtages aus Anlass der mündlichen Anhörung Anfang Sep-

tember gefordert hatte, fanden keine Berücksichtigung. Gleiches Schicksal erleidet der Gesetzesantrag der SPD-Fraktion für ein Gesetz zur Erweiterung der Mitbestimmung (LT.-Drucks. 18/420 v. 7.5.2009). Dieser Antrag war zuvor ebenfalls mit der Mehrheit von CDU und FDP abgelehnt worden. Die Änderungen werden jetzt im GVBl. veröffentlicht und treten am Tage danach in Kraft.

Erneute Änderung der Hessischen Arbeitszeitverordnung

Ausweitung des Bereitschaftsdienstes auf bis zu 60 Stunden geplant Ausweitung der Gleittage von einem auf maximal drei pro Monat

Nur rund zwei Monate nach Veröffentlichung und Inkrafttreten der 2. Verordnung zur Änderung der Hessischen Arbeitszeitverordnung (HAZVO) im Juli 2009 sollen die nächsten Änderungen erfolgen. Anfang September 2009 hat das Hessische Innenministerium den Gewerkschaften und Verbänden den Entwurf einer 3. Verordnung zur Änderung der HAZVO mit der Bitte um Stellungnahme bis Anfang November 2009 vorgelegt. Im Kern geht es um

1. die Festlegung einer maximalen, wöchentlichen Arbeitszeit auf maximal 48 Stunden unter Beachtung eines Bemessungszeitraumes von einem Jahr bei gleichzeitiger Zugrundelegung der 7-Tage-Woche;
2. die Ausweitung der Arbeitszeit, soweit der Dienst in Bereitschaft besteht, auf bis zu 60 Stunden in einem Bemessungszeitraum von einem Jahr bei Zugrundelegung einer 7-Tage-Woche (zurzeit 48 Stunden);
3. die Erhöhung der maximalen Zeitgutschrift, die in den Folgemonat übertragen werden kann von bisher 16 Stunden auf künftig maximal 40 Stunden, sowie

4. die Ausweitung der monatlichen Gleittage von derzeit einem Tag pro Monat auf künftig maximal 3 Tage pro Monat bzw. 24 Tage im Jahr;
5. die Definition des Nachtdienstes als die Zeit von 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr.

1. Festlegung der maximal zulässigen Arbeitszeit

Nach den Plänen des Innenministeriums soll § 1 Abs. 3 HAZVO dergestalt geändert werden, dass die Arbeitszeit im Durchschnitt von 12 Monaten 48 Stunden im 7-Tages-Zeitraum nicht überschreitet. Grundsätzlich steht diese Regelung in Übereinstimmung mit Art. 6 Buchst. b der RL 2003/88/EG über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung v. 4.11.2003, die im Übrigen mit der vorliegenden Verordnung insgesamt umgesetzt werden soll.

2. Ausweitung der Arbeitszeit soweit der Dienst in Bereitschaft besteht

Erstmalig soll in die HAZVO eine Regelung aufgenommen werden, die die Höchstarbeitszeit insoweit regelt, als der Dienst in Bereitschaft (= Bereitschaftsdienst) besteht (§ 1 Abs. 4 HAZVO). Es soll eine Ausweitung auf bis zu 60 Stunden erfolgen können, wenn einige Bedingungen erfüllt sind. Zu diesen gehört das schriftliche Einverständnis der Betroffenen. Dieses kann auch widerrufen werden. In praktischer Hinsicht werden von dieser Regelung überwiegend die Beamtinnen und Beamten bei den hessischen Berufsfeuerwehren betroffen sein, denn nur sie fallen (auch) unter die Regelungen der HAZVO. Sowohl im Bereich der Polizei als auch des Justizvollzuges existieren eigene Arbeitszeitverordnungen. Bis zur Änderung durch das HBR-Anpassungsgesetz vom März 2009 bestimmte § 85 Abs. 3 HBG, dass die Arbeitszeit auf bis zu 52 Stunden in der Woche ausgedehnt werden kann. Das Land Hessen ist bei der Umsetzung der genannten EU-Richtlinien nicht verpflichtet, 60 Stunden fest-

zusetzen. Die RL lassen es nur zu, die Arbeitszeit auf mehr als 48 Stunden zu erhöhen. Eine Höchstgrenze wird nicht genannt.

3. Ausweitung der Guthabenstunden/ Gleittage

Durch eine Änderung des § 4 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 HAZVO soll eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit erreicht werden. Nach der derzeit geltenden Regelung dürfen bei gleitender Arbeitszeit im Falle der Überschreitung der regelmäßigen, wöchentlichen Arbeitszeit bis zu 16 Stunden „gutgeschrieben“ und damit in den Folgemonat übertragen werden (§ 4 Abs. 2 Satz 2 HAZVO). Diese Summe soll auf 40 Stunden erhöht werden. Gleichzeitig soll die Anzahl der monatlichen Gleittage von derzeit einem auf bis zu 3 pro Monat, maximal jedoch 24 Gleittage pro Jahr erhöht werden. Diese Neuregelung zielt erkennbar auf den Personenkreis derjenigen, für die das neu geschaffene Lebensarbeitszeitkonto nicht mehr gilt und die von daher keine (weiteren) Zeitgutschriften auf das Konto vornehmen können.

4. Definition des Nachtdienstes

Künftig soll es in der HAZVO eine einheitliche Definition des Begriffes des „Nachtdienstes“ geben. Dieser wird demnach in der Zeit von 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr geleistet. Diese Absicht steht in Übereinstimmung mit Art. 2 Nr. 3 der RL 2003/88/EG.

5. Das weitere Verfahren

Der Änderungsentwurf ist den Gewerkschaften u. a. Anfang September 2009 zur **Stellungnahme** zugegangen. Termin zur Abgabe ist der **4.11.2009**. Bereits Ende Oktober 2009 wird sich der zuständige Ausschuss „Recht des öffentlichen Dienstes“ der Landespersonalkommission mit dem Thema befassen. Alle genannten **Änderungen sollen noch Ende 2009 in Kraft treten**. Die Geltungsdauer der HAZVO wird bis zum 31.12.2014 verlängert.



II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Sachstand TV-H, TVÜ-H

Nachstehend eine kurze Information zum Sachstand des Unterschriftsverfahrens bzw. der Redaktionsverhandlungen zum TV-H bzw. TVÜ-H.

1. Sachstand Redaktion/Unterschriftsverfahren

Die Gewerkschaften haben Anfang Oktober 2009 „grünes Licht“ für die Unterzeichnung des TV-H, TVÜ-H und der weiteren Tarifverträge gegeben. Die Durchsicht der vorliegenden Texte hat lediglich redaktionelle Änderungen ergeben. Das Landeskabinett hat seinerseits dem ausgehandelten Werk am 5.10.2009 seine Zustimmung gegeben.

2. Textausgabe

Die Gewerkschaften arbeiten derzeit an einer Textausgabe aller Tarifverträge, die jetzt vereinbart sind und mit Wirkung zum 1.1.2010 in Kraft treten werden. Die Veröffentlichung wird ca. Anfang Dezember 2009 erfolgen.



III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Ergänzungslieferungen. Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

Oktober:

212. Lfg. zur Gesamtausgabe = 102. Lfg. zu Teil IV (Beamtenrecht):
§§ 37, 40, 47, 51, 54 BeamStG

November:

213. Lfg. zur Gesamtausgabe = 103. Lfg. zu Teil IV (Beamtenrecht):
Laufbahnwechsel nach § 5 Abs. HLVO, Richtlinien für die dienstliche Beurteilung, Rechtsprechung der hess. Disziplinarge-richte, ArbSchG, PSA-BV, LasthandhabV, BildscharbV, ArbMedVV, Durchführung HBeihVO, BEEG, AGG, MuSchG, HessAbgG, Personalbogen, Rechtsschutz für Landesbe-
dienstete, WegVO, HARV, Zuständigkeiten nach dem HRKG und HUKG, SGB IX, HTGV

November:

214. Lfg. zur Gesamtausgabe = 104. Lfg. zu Teil IV (Beamtenrecht):
§§ 48, 52, 53, Stichwortverzeichnis
BeamStG

Dezember:

215. Lfg. zur Gesamtausgabe = 58. Lfg. zu Teil I (Personalvertretungsrecht):
§§ 11-15, 50, 51 HPVG

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie unter www.hjr-verlag.de.

IV. Aus unserem Verlagsprogramm



Produkttip

von Roetteken/Rothländer (Hrsg.)

Beamtenstatusgesetz

Kommentar



Herausgegeben von Dr. Torsten von Roetteken und Christian Rothländer.
Autoren Dr. Bernhard Burkholz; Jens Kohde und Dr. Torsten von Roetteken

Loseblattwerk in 2 Ordnern.
€ 129,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-0953-4

Erscheinungstermin:
Oktober 2009

Das Beamtenstatusgesetz legt künftig die Grundstrukturen für eine bundeseinheitliche Anwendung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten fest und verzichtet auf weitergehende Regelungen. Die Länder erhalten weitgehende Handlungs- und Gestaltungsoptionen für ihr Personal, um den unterschiedlichen Organisations- und Personalstrukturen Rechnung tragen zu können. Bundeseinheitlich sind nur noch die Grundstrukturen des Statusrechts geregelt. Damit bleiben die Einheitlichkeit des Beamtenrechts und die landesübergreifende Mobilität gewährleistet. Die Ausgestaltung und Umsetzung im Einzelnen regeln die Länder in eigener Verantwortung.

Die Bezieher der Gesamtausgabe und Teil IV zum HBR erhalten diesen neuen Kommentar im Rahmen ihres Abonnements.

[\[mehr Info\]](#)

v. Roetteken

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG



Loseblattwerk in 3 Ordnern
ISBN 978-3-7685-6602-5
€ 148,00 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz hat vielfältige Auswirkungen auf die Organisation öffentlicher Dienstleistungen und die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Der Kommentar gibt eine Hilfe bei der Anwendung des Gesetzes und bietet zugleich auch Anregungen, wo und wie Verbesserungen im Sinne von mehr Gleichberechtigung gemacht werden können.

Bei den ausführlichen Hinweisen zu allen Vorschriften des Gesetzes wird nicht nur die rechtswissenschaftliche Literatur ausgewertet, sondern auch die Rechtsprechung der Verwaltungs- und Arbeitsgerichte, des BVerfG und vor allem die weitreichende Judikatur des Europäischen Gerichtshofs.

[\[mehr Info\]](#)

Impressum:

R.v.Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: gudrun.schwarz@t-online.de
Tel. 0 61 45/3 43 96, Fax 0 61 45/3 42 71
Ihre Meinung ist uns wichtig!
Daher freuen wir uns immer über Kritik und Anregungen.

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollte ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2009, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg